



*Jede Wählerstimme ist ein Auftrag.
Nur das, nichts sonst.*

Eise Pannek
www.narzissenleuchten.de

Den Jahreswechsel möchte ich zum Anlass nehmen, Dank zu sagen für Unterstützung, Widerspruch und Anregungen, die die Landtagsfraktion in vielen Gesprächen, Begegnungen, bei Arbeitsbesuchen und in der politischen Debatte erhielt. Sie sind uns Ermutigung für die Arbeit im nächsten Jahr.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie besinnliche und erholsame Tage, für das Jahr 2010 Gesundheit, Freude und Erfolg in der Arbeit und alles Gute für Sie persönlich. Schon heute möchte ich Sie herzlich einladen zum Neujahrsempfang der Fraktion DIE LINKE. Meine MitstreiterInnen und ich würden uns freuen, Sie am Dienstag, dem 26. Januar 2010, um 18.00 Uhr im Landtag von Sachsen-Anhalt, Landtagsrestaurant, Magdeburg, Domplatz 6-9, begrüßen zu können.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Inhalt:

Seite 1: Die Landtagssitzung vom 10. und 11. Dezember 2009 im Überblick / **Seite 3:** Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung / **Seite 5:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 5:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 6:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 6:** Lesetipps

Die Landtagssitzung vom 10. und 11. Dezember 2009 im Überblick

Im folgenden werden - in der Reihenfolge des tatsächlichen Ablaufs - in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** dargestellt.

Es erfolgt zudem eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Tagesordnungspunkte, eigenständige Anträge der LINKEN finden hier **keine Berücksichtigung**, sie werden gesondert vorgestellt. Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

Der erste Beratungstag

TOP 01: Lange diskutiert kommt nun endlich der [Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes \(Drs. 5/2316; Drs. 5/2018; Drs. 5/2328; Drs. 5/2325; Drs. 5/2334; Drs. 5/2333\)](#) zur abschließenden Beratung ins Plenum. Schließlich soll und muss das Gesetz zu Beginn des Jahres 2010 in Kraft treten. Durchaus vorhersehbar erweist sich die Zeitplanung als völlig illusorisch, statt der angesetzten 75 werden 136 Minuten benötigt, kaum ein Redebeitrag lief ohne Nachfragen und Kurzinterventionen durch. Neues kam erwartungsgemäß nicht mehr, in den vorangegangenen Wochen waren die unterschiedlichen Positionen mehr oder minder klar, ausführlich und öffentlich debattiert worden, auch in den Medien. Der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) lässt denn auch keinerlei Zweifel an der Position seiner Fraktion aufkommen: „Die nunmehr vorliegende Beschlussempfehlung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) erfüllt die damit verbundenen Erwartungen der kommunalen Familie bezogen auf Artikel 88 unserer Landesverfassung und unter Beachtung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 21. Juni 2005 nach einer grundlegenden Strukturreform des kommunalen Finanzausgleichs nicht. Auch der von den Regierungsfractionen gepriesene Strukturwechsel des FAG von der Umlage- zur aufgabenbezogenen Finanzierung ist faktisch ausgefallen. Das Ergebnis der Anstrengungen der Landesregierungen seit 2004 ist desaströs und erfüllt in keiner Weise die Kriterien, die der Artikel 88 der Landesverfassung vorschreibt. ... Weder mit dem Doppelhaushalt 2008/09, noch mit dem vorliegenden Doppelhaushalt 2010/11 und der Beschlussempfehlung zum Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes sind die wesentlichen Bestandteile des Thüringer Verfassungsgerichtsurteils umgesetzt worden.“ Ausführlich (s. auch weiter unten) erläutert er den Änderungsantrag der LINKEN ([Drs. 5/2328](#)), der später abgelehnt wird.

In namentlicher Abstimmung – sie war sowohl von der LINKEN als auch von der FDP beantragt worden – erhält das Gesetz die notwendige Zahl von Stimmen. Die Opposition stimmt mit NEIN, bei der der Koalition gibt es immerhin einige Enthaltungen und Neinstimmen, einige Abgeordnete sind vorsichtshalber nicht anwesend ...

TOP 02: Im zweiten Anlauf gelingt die [Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Parlamentarischen Kontrollkommission \(Drs. 5/2306\)](#), 55 Stimmen erhält der Vorschlag, 49 wären das erforderliche Minimum gewesen.

TOP 04: Mit dem [Entwurf eines Spielbankgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/1785; Drs. 5/2249\)](#) soll das Gezerre um dieselben endlich ein Ende finden. Für DIE LINKE bemerkt **Gerald Grünert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „Bereits in der ersten Lesung hatte mein Fraktionskollege Guido Henke darauf verwiesen, dass der vorliegende Gesetzentwurf nichts weiter darstellt, als ein aufsichtsrechtlich verbrämtes Verkaufsgesetz, welches durch die Zuführung von 3 Millionen Euro Landesfinanzspritzen an die Spielbanken für eine Privatisierung „aufgehübscht“ wurde.“
Die Koalition stimmt zu, DIE LINKE enthält sich, das Gesetz ist damit beschlossen.

TOP 05: Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum [Staatsvertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern - Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG \(Drs. 5/2321\)](#) wird einstimmig in mehrer Ausschüsse verwiesen, nur dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit wird die Befassung verwehrt. Der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) hatte zuvor auf eine Reihe von Ungereimtheiten und offenen Fragen hingewiesen, die der Klärung bedürften.

TOP 13: Das Anliegen der Landesregierung beim [Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Justizvollzugsstrukturen in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2304\)](#) geht aus dem Titel recht eindeutig hervor. Für DIE LINKE unterstreicht **Eva von Angern** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „Es ist von Akteurinnen und Akteuren aus den Justizvollzugsanstalten ein Urteil gefällt worden, dass wir unübersichtliche, kleinteilige Justizvollzugsanstalten in Sachsen-Anhalt haben, dass wir eine marode Bausubstanz haben, dass wir zu viele Gemeinschaftsunterkünfte haben, was den verfassungsmäßigen Vorstellungen nicht entspricht, dass wir aber auch nicht mehr viel Spielraum im Bereich der Personalpolitik haben.“ Zu hinterfragen seien auch mögliche Einsparpotentiale, die sich aus der Reform ergeben könnten.
Die Überweisung in den Rechts- und den Finanzausschuss erfolgt einstimmig.

TOP 09: Das Thema ist dem Hohen Haus nicht neu, nun steht der [Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie in Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2158; Drs. 5/2307\)](#) zur abschließenden Beratung an. Der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) umreißt die Bedenken seiner Fraktion so: „Alles in allem stellen wir fest, dass es noch eine ganze Reihe zu schließender Lücken gibt. Deswegen hat unsere Fraktion in den jeweiligen Ausschüssen auch immer ablehnend reagiert. Und deswegen bleiben wir auch dabei, dass wir der Beschlussempfehlung des Ausschusses nicht zustimmen können. Das hat nichts damit zu tun, dass wir in der Zukunft den Fragen der Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie keine Beachtung mehr schenken wollen. Im Gegenteil: Wir werden das kommende Jahr vor allem noch einmal dazu nutzen, genau zu hinterfragen, inwieweit die Dinge in der Praxis umgesetzt werden.“
Die Koalitionsfraktionen stimmen zu, DIE LINKE lehnt ab, die FDP enthält sich.

TOP 11: Einhellige Zustimmung findet der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fraktionsgesetzes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2203; Drs. 5/2322\)](#), Gegenstand war die Schaffung von Klarheit zu einer Reihe von Fragen im Umgang mit den zur Verfügung gestellten Fraktionskostenzuschüssen.

TOP 06: Der Landesregierung liegt die [Verhinderung von Mobilfunkverkehr und unerlaubter Telekommunikation durch Gefangene \(Drs. 5/1940; Drs. 5/2289\)](#) am Herzen. In der nunmehr abschließenden Beratung erläutert für DIE LINKE **Eva von Angern** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) deren Bedenken: Es bleibe zum einen unklar, welche Kosten mit diesem Gesetz auf das Land zukämen, zum anderen sei nicht geklärt, wie eine uneingeschränkte Notrufmöglichkeit gewährleistet werden könne. Unabhängig vom Einsatz so genannter Handyblocker werde es auch künftig personalintensive Zellenkontrollen geben müssen.
Bei der Abstimmung ein gewohntes Bild: die Koalition dafür, die Opposition mehrheitlich dagegen.

Der zweite Beratungstag

TOP 23 a): Die SPD befürchtet eine [Gefährdung der journalistischen Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die „Causa Brender“ \(Drs. 5/2326\)](#) und beantragt eine Aktuelle Debatte zum Thema. Dass die SPD mit ihren Befürchtungen nicht alleine dasteht, bekräftigt der medienpolitische Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „... notwendig ist die Aktuelle Debatte, die von der SPD beantragt wurde, weil es in den vergangenen Wochen und Monaten massive Angriffe auf die journalistische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gab und damit auch die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks infrage gestellt wurde. ... Nun haben wir den Fall Brender, bei dem erneut eine politische Mehrheit über die andere gesiegt hat. Dieser Sieg ist aber vor allem eine

Niederlage, und zwar eine Niederlage für die Staatsferne und somit für die politische Unabhängigkeit und demokratische Verfasstheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.“ Ausdrücklich empfehlenswert ist hier das Video des Redebeitrags von Stefan Gebhardt. Der wird von einem CDU-Kollegen in **Sachen Leninscher Revolutionstheorie** examiniert, was nicht ohne einen gewissen Unterhaltungswert ist ...
Beschlüsse werden im Ergebnis einer Aktuellen Debatte nicht gefasst.

TOP 10: Im Juni 2009 hatte die Landesregierung den [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 5/2017; Drs. 5/2315\)](#) vorgelegt, nun gibt es die Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr. Der Sprecher der LINKEN für Stadtbau und Wohnungspolitik **Guido Henke** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) kritisiert das Gesetz: „Es blieben nicht nur wichtige Themen unbeachtet, es gab offenkundig eine ungenügende Beratung des Anhörungsentwurfs im Frühjahr mit allen Beteiligten. Man ist versucht, von einem sehr ausgewählten Vorbereitungskreis zu reden.“ Allein – nach der Novelle sei vor der Novelle, und die nächste werde wohl nicht so sehr lange auf sich warten lassen.

In diesem Sinne stimmen Koalition und DIE LINKE für das Gesetz, die FDP lehnt ab.

TOP 20: Ein [Handlungskonzepte zu Amoklagen \(Drs. 5/2318\)](#) fordert die Fraktion der FDP. Die innen- und rechtspolitische Sprecherin der LINKEN **Gudrun Tiedge** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) verweist auf die Komplexität der Problematik: „Wir haben in unserer Fraktion ziemlich lange darüber debattiert, wer zu diesem Thema sprechen sollte. ... wir waren uns einig darüber, dass das angesprochene Problem nicht von der Polizei allein gelöst werden kann, sondern dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist.“
Der Antrag wird einstimmig angenommen, die Landesregierung wird in den zuständigen Ausschüssen zu den aufgeworfenen Fragen informieren.

TOP 21: Um ein [Gutachten des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zur Gewalt gegen Polizeibeamte \(Drs. 5/2319; Drs. 5/2329\)](#) geht es in diesem Antrag der FDP, die Landesregierung soll dazu im Ausschuss für Inneres berichten. Die innen- und rechtspolitische Sprecherin der LINKEN **Gudrun Tiedge** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) erklärt dazu: „Bewusst und gezielt wird die gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht, um dem eigenen Feindbild „Polizei“ mit höchster Aggressivität zu begegnen. ... Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten, gegenüber Rettungskräften u.ä. ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir sagen aber auch mit gleicher Entschiedenheit, Gewalt gegenüber friedlichen Demonstranten auch nicht.“ Die Koalition legt einen Änderungsantrag vor, der nicht so stark ins Detail geht, wie der Ursprungsantrag.

Mit den Stimmen der Koalition findet zunächst deren Änderungsantrag eine Mehrheit, der nunmehr geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 22: Ebenfalls die FDP wünscht eine [Berichterstattung zum Deutschen Qualifikationsrahmen \(Drs. 5/2320\)](#), es geht um die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen. Das findet die einhellige Zustimmung des Hohen Hauses. Zuvor bringt der berufsbildungspolitische Sprecher der LINKEN **Hans-Joachim Mewes** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) die Sache auf den Punkt: „Wer von Ihnen hat sich schon einmal die Frage gestellt: Was ist eigentlich mein Berufsabschluss, mein akademischer Grad in Frankreich, England oder Italien wert? Was kann ich damit anfangen?“

Um 15.17 Uhr findet der zweite Beratungstag mit den üblichen Wünschen zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel sein Ende.

Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN

Der Bericht zu den parlamentarischen Initiativen der LINKEN erfolgt in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#) für diese Landtagssitzung.

TOP 14: [Aktionsprogramm „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ \(Drs. 5/851; Drs. 5/2309; Drs. 5/2332\)](#)

Im September 2007 (!) hatte DIE LINKE bereits ein solches Programm gefordert, nun liegt eine [Beschlussempfehlung](#) des Ausschusses für Soziales vor, dem DIE LINKE nicht folgen will. Also bringt sie erneut einen [Änderungsantrag](#) ein. Dazu erläutert der behindertenpolitische Sprecher der LINKEN **Dr. Detlef Eckert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)): „Vielleicht werden Sie sich fragen, warum wir diese Beschlussempfehlung im Sozialausschuss abgelehnt haben. Das liegt nicht daran, dass wir generell gegen die dort

aufgeführten Punkte im Einzelnen wären. Das liegt vielmehr daran, dass nach unserer Meinung dieser Landtag zu diesem Thema einen Beschluss fassen sollte, der dem, was das Land auf dem Gebiet der Barrierefreiheit bereits tut und was in den Debatten im Ausschuss an Erkenntnissen gewachsen ist und als Aufgabe formuliert wurde, gerecht wird. Die vorliegende Empfehlung tut dies nicht und die von uns im Ausschuss vorgelegte Beschlussempfehlung wurde nicht einmal diskutiert.“

Der Änderungsantrag der LINKEN wird von der Koalition bei Enthaltung der FDP abgelehnt, die Beschlussempfehlung findet mit den Stimmen der Koalition eine Mehrheit, die Opposition enthält sich.

TOP 15: [Diskriminierungsschutz um sexuelle Identität erweitern](#)
([Drs. 5/2191](#); [Drs. 5/2310](#))

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt einstimmig, den Antrag der LINKEN für erledigt zu erklären, da die entsprechende Beschlussfassung im Bundesrat bereits stattgefunden hat. Eine Debatte wird nicht geführt, alle Fraktionen folgen der Beschlussempfehlung.

TOP 16: [Strukturreform des kommunalen Finanzausgleichs](#)
([Drs. 5/853](#); [Drs. 5/874](#); [Drs. 5/2317](#))

Der Antrag der LINKEN stammt vom September 2007, inzwischen wurde auch er vom Leben überholt, so dass der Ausschuss für Inneres auch hier empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären. Am Morgen des Tages war das Finanzausgleichsgesetz bereits beschlossen worden. Eine Debatte findet nicht statt, Koalition und DIE LINKE stimmen zu, die FDP enthält sich der Stimme.

TOP 17: [Keine Revision der Ergebnisse der Bodenreform zulassen](#)
([Drs. 5/2302](#))

In der **Antragsbegründung** heißt es: Die im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und FDP getroffene Festlegung, das Flächenerwerbsänderungsgesetz im Sinne von Verbesserungen für Alteigentümer zu verändern, stellt erneut die Ergebnisse der Bodenreform von 1945 bis 1949 in Frage. Dies ist nach 20 Jahren nicht nur ein erneuter Angriff auf den Vertrag zur Herstellung der deutschen Einheit, sondern ist zugleich eine Brückierung tausender Bodenreformlandempfänger, die im Rahmen der Abwicklung der Bodenreform seit 1992 entschädigungslos enteignet worden sind.“ Der agrarpolitische Sprecher der LINKEN **Hans-Jörg Krause** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) erhärtet dies noch: „Bei aller Kritik, die wir auch am jetzt gültigen Verfahren haben, bisher gilt wenigstens noch das Prinzip eines einheitlichen Preises für Pächter und erwerbsberechtigte Alteigentümer, aber was sie jetzt auf den Weg bringen wollen, ist pure Klientelpolitik. ... Wenn das was jetzt in der Koalitionsvereinbarung steht wirklich umgesetzt wird, ist das nicht nur die unverblühte Revision der Ergebnisse der Bodenreform, sondern eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber diesen Menschen, den ehemaligen Besitzern von Bodenreformland und ihren Erben.“

Nach teilweise heftiger Debatte wird der Antrag mit den Stimmen der Koalition und der LINKEN in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen, die FDP lehnt dies ab.

TOP 18: [Keine Privatisierung von Landeswald](#)
([Drs. 5/2303](#); [Drs. 5/2331](#))

DIE LINKE fordert, die Verkäufe von Landeswald zu stoppen und damit auch die beabsichtigten Waldverkäufe im Zusammenhang mit der Veräußerung der Forstimmobilien Haferfeld und Haideburg zu verwerfen. „Im Zusammenhang mit der Veräußerung der Forstimmobilien Haferfeld (Harz) und Haideburg (bei Dessau-Roßlau) beabsichtigt die Landesregierung, etwa 760 ha Wald zu verkaufen. Dieses Vorhaben ist abzulehnen und es sind auch die im Landeshaushalt - Wirtschaftsplan Sondervermögen „Grundstock“ - eingestellten „Einnahmen aus dem Verkauf von Landeswald“ zu streichen. Eine solche Größenordnung greift wesentlich in die wirtschaftlichen Belange des Landesforstbetriebes ein.“ So lautet es kurz und prägnant in der **Antragsbegründung**. Und der forstpolitische Sprecher der LINKEN **Harry Czeke** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) ergänzt: „Die Erwartungen, die wir in den Wald setzen, können nach unserer Auffassung am besten erfüllt werden, wenn der Wald nicht nur als Wirtschaftsgut verstanden und genutzt sowie weitestgehend aus den marktwirtschaftlichen Spielregeln herausgehalten wird, obwohl das nicht total geht. Deshalb sind wir bemüht, so viel Wald wie nur möglich unter Landesregie zu behalten.“ DIE FDP legt einen Alternativantrag vor, der sich darauf beschränkt, vor dem Verkauf eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen.

Mit den Stimmen von Koalition und FDP werden beide Drucksachen in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. DIE LINKE lehnt das ab, weil es vom zeitlichen Verlauf her keinen Sinn ergibt, im Jahr 2010 darüber noch zu debattieren, so Harry Czeke zum Abschluss der Debatte.

TOP 23 b): [Internationale Klimaschutzanstrengungen intensiver unterstützen](#)
([Drs. 5/2327](#))

Mit dieser **Aktuellen Debatte** will DIE LINKE vor dem Hintergrund des Klima-Gipfels in Kopenhagen darauf verweisen, dass das Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung kaum neue Impulse gebe, um den Wandel in der Energiebasis zu beschleunigen und so auch Technologieangebote in Kopenhagen machen zu können. Auch Sachsen-Anhalt verfüge noch über erhebliche Potentiale, die unzureichend genutzt und gefördert werden, so heißt es in der **Antragsbegründung**. Die energiepolitische Sprecherin der LINKEN **Angelika Hunger** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) unterstreicht: „Der Klimagipfel in Kopenhagen muss ein juristisch bindendes Abkommen zum Ziel haben. Die Formulierung eines politischen Ziels allein wäre noch kein Erfolg, denn ein solches wurde bereits auf der Vorbereitungskonferenz in Bali formuliert. Ein juristisch nicht bindendes Abkommen als Ergebnis von Kopenhagen wäre eine Brückierung aller Staaten, die bereits heute unter dem Klimawandel leiden. Das sind nun gerade nicht die, die ihn verursacht haben. ... Deutschland könnte eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz übernehmen. Um dies glaubwürdig vertreten zu können, muss jedoch auch der Klimaschutz im eigenen Lande entschiedener als bisher vorangetrieben werden.“ Eine Beschlussfassung erfolgt bei einer Aktuellen Debatte nicht.

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung

TOP 01: [Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes](#)
([Drs. 5/2316](#); [Drs. 5/2018](#); [Drs. 5/2328](#); [Drs. 5/2325](#); [Drs. 5/2334](#); [Drs. 5/2333](#))

Zu diesem heftig umstrittenen Gesetz legt DIE LINKE einen detaillierten **Änderungsantrag** vor. In dessen Begründung wird u.a. dies hervorgehoben: „Die Kommunen des Landes werden in den Jahren 2010 und 2011 im Zuge der Konjunktur- und Wirtschaftskrise erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt sein. So werden einerseits gravierende Einbrüche bei den Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Kosten für soziale Ausgaben erwartet. In dieser Situation hält DIE LINKE eine finanzielle Stabilisierung der Kommunen für dringend erforderlich. Deshalb fordert DIE LINKE zunächst eine finanzielle Mindestsicherung für die kommunalen Kassen. Dafür soll den Kommunen in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 pro Jahr eine Finanzausgleichsmasse in Höhe von 1 713 644 994 Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe der Summe orientiert sich dabei an der im Jahr 2009 zur Verfügung stehenden Finanzausgleichsmasse (§ 2, Absatz 1).“ Der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN **Gerald Grünert** (s. [Redemanuskript](#) und [Video](#)) begründet die einzelnen Punkte des Antrages ausführlich. Die Koalition lehnt den Antrag ab, die FDP übt sich in Enthaltung.

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den **Redebeiträgen der Abgeordneten** auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

- [Landtagssitzung ab 2009](#)
- [frühere Landtagssitzungen](#)

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

⇒ **Pressemitteilungen**

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

- [Pressemitteilungen seit Januar 2008](#)
- [ältere Pressemitteilungen](#)

⇒ **Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt**

Informationen sind hier zu finden: <http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

15. November 2009: [Beschluss des Landesparteitages zum Antrag der Landtagsfraktion zum Landesentwicklungsplan und zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik](#)

⇒ **DIE LINKE im Bildungskonvent**

Informationen sind hier zu finden: <http://www.bildungskonvent-dielinke.de/>

Aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise:

- Sonntag, 3. Januar 2010
[Friedensweg Colbitz-Letzlinger Heide](#)
- Sonntag, 10. Januar 2010, Berlin
[Luxemburg-Liebnecht-Ehrung](#)
- Samstag, 16. Januar 2010, Magdeburg
[Meile der Demokratie](#)
- Donnerstag/Freitag, 21./22. Januar 2010, Magdeburg
Landtagssitzung
- Dienstag, 26. Januar 2010, Magdeburg/Landtag
18.00 Uhr: Neujahrsempfang der Landtagsfraktion
- Samstag/Sonntag, 30./31. Januar 2010, Osterfeld
Gemeinsame Klausurtagung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion

Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

- [Buch mit sieben Siegeln](#)
- [Kopenhagen ist ein Täuschungsmanöver](#)
- [Nobelpreisträgerin Ostrom zum Klimagipfel](#)
- [Den Schaden angerichtet](#)
- [Dimensionen sozialer Gerechtigkeit](#)
- [Ende der Volksparteien](#)
- [Peter Voß verlässt CDU wegen Brender-Ablösung](#)
- [In Brandenburg ist vieles schiefgelaufen](#)
- [Dramatische Debatten im Dezember](#)
- [Solidarisches Schweigen](#)

Der Download dieser und früherer Ausgaben im PDF-Format ist [hier](#) möglich!

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de



Immer lesenswert!